



An die Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 17.11.2016

AN/1910/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat | |

**TOP 10.22 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften -
Baubeschluss**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Antragsteller bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zum TOP 10.22 in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 17.11.2016 aufzunehmen:

Präambel:

Zur Unterbringung und Integration der zu uns geflüchteten Menschen müssen und wollen alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ihren Anteil leisten. Die in Köln gelebte Hilfsbereitschaft und Willkommenskultur ist beispielhaft und verdient unser aller Respekt. Langfristig wird die Integration der Flüchtlinge in unsere Stadtgesellschaft nur gelingen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es bei Verteilung und Unterbringung gerecht zugeht. Eine Unterbringungsquote von nahezu 10%, wie es bei den geplanten Unterkünften in Roggendorf und Lind der Fall wäre, führt zur Entstehung eines Ungerechtigkeitsgefühls. Diesem möchte die SPD-Fraktion mit der Forderung einer zahlenmäßigen Begrenzung an diesen beiden Standorten entgegenwirken.

Beschluss:

I

Der Beschlusstext soll in den Ziffern 1.d und 1.e wie folgt geändert werden:

- 1.d) Auf dem städtischen Grundstück Sinnersdorfer Straße, 50769 Köln-Roggendorf,

- die Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge ist dahingehend deutlich zu reduzieren, dass der Anteil der untergebrachten Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung des Veedels sich deutlich von der Marke 10% wegbewegt und nicht höher ist als die Quote in anderen Kölner Stadtteilen
- die Verwaltung wird beauftragt, sozialarbeiterische Maßnahmen vor Ort signifikant - sowohl in den Flüchtlingsunterkünften als auch im angrenzenden Veedel Roggendorf/Thenhoven – zu erhöhen.

1.e) Auf dem städtischen Grundstück Aloyis-Boecker-Straße/Frankfurter Str., 51147 Köln-Lind,

- die Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge ist dahingehend deutlich zu reduzieren, dass der Anteil der untergebrachten Flüchtlinge sich deutlich von der Marke 10% wegbewegt und nicht höher ist als die Quote in anderen Kölner Stadtteilen
- die Verwaltung wird beauftragt, sozialarbeiterische Maßnahmen vor Ort signifikant - sowohl in den Flüchtlingsunterkünften als auch in den angrenzenden Veedeln Lind und Wahn – zu erhöhen.

II

Die Systembauweise/Holzbauweise ist die beste Bauform zur temporären Unterbringung von Flüchtlingen, da sie eine gelungene Integration ermöglicht. Gleichzeitig müssen die Turnhallen zum Wohle der Flüchtlinge, der Sportvereine und Schulen schnellstmöglich freigezogen werden. Um diese wichtige Aufgabe zunächst nicht zu verzögern, stimmt der Rat dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Mix verschiedener Bauformen (mobile Einheiten, Holzbau und Systembau) diesmal zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die mobilen Einheiten schrittweise durch Systembauten/Holzbauweise auszutauschen, sobald Turnhallen, Leichtbauhallen und Baumärkte freigezogen sind.

Begründung:

Die Unterbringung und Integration der zu uns geflüchteten Menschen ist eine humanitäre und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfolg jeder Stadtbezirk, jedes Veedel und jede Bürgerin und jeder Bürger unserer Stadt seinen Beitrag leisten muss. Das Engagement in der Flüchtlingshilfe und bei der Integration der Flüchtlinge vor Ort ist bewundernswert und verdient unser aller Respekt. Ohne die ehrenamtliche Hilfe der Bürgerinnen und Bürger würde die Integration der zu uns geflüchteten Menschen nicht gelingen. Langfristig werden wir als Stadtgesellschaft aber nur erfolgreich sein können, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass es bei der Zuteilung und Unterbringung der Geflüchteten gerecht zugeht. Hierbei spielen sowohl das zahlenmäßige Verteilen der Geflüchteten auf die einzelnen Stadtbezirke, zwischen den einzelnen Veedeln, als auch der verhältnismäßige Anteil der untergebrachten Flüchtlinge an der Einwohnerzahl eines Veedels eine bedeutsame Rolle hinsichtlich der örtlichen Akzeptanz.

Die Zuweisung von rund 400 bzw. 320 Flüchtlingen nach Roggendorf bzw. Lind ließe den Anteil der Flüchtlinge an der dortigen Gesamtbevölkerung auf fast 10% ansteigen. Dies ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein sehr hoher Wert, der die Akzeptanz und die bisher gut funkti-

onierende und vorbildhaft gelebte Willkommenskultur und deren örtliche Strukturen auf eine harte Belastungsprobe stellen wird. Denn eine 10%tige Flüchtlingsquote stellt stadtweit einen neuen Spitzenwert dar.

Um diese Strukturen und die Bereitschaft zur Integration der Flüchtlinge durch der Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht zu gefährden, fordert die SPD-Fraktion die Reduzierung der untergebrachten Flüchtlinge an diesen beiden Standorten auf deutlich unter 10%.

Des Weiteren fordert die SPD-Fraktion, die Sozialstrukturen vor Ort deutlich zu stärken. Der Standort Köln-Lind muss durch seine örtliche Nähe zum Veedel Wahn in der Hauptsache durch dessen soziale Strukturen aufgefangen werden. Die Bereitschaft dazu ist da. Die Ressourcen für die nötige Integrationsleistung sind sehr strapaziert. Deshalb ist eine höherer Sozialschlüssel hier dringend geboten, der sowohl die Arbeit in den Flüchtlingsunterkünften als auch im Veedel, bei den Vereinen, den ehrenamtlichen Helfern, den Kirchen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren stärkt.

Der Standort in Roggendorf soll in unmittelbarer Nähe zum sozialen Brennpunkt Mönchshof errichtet werden. Hier ist die Verwaltung verpflichtet, alles dafür zu tun, hier keinen weiteren sozialen Brennpunkt entstehen zu lassen.

An beiden Standorten ist es dringend geboten, dass die Verwaltung ein größeres Unterstützungsbudget bereitstellt, aus dem z. B. „Willkommensfeste“, Integration in Sport- und Kulturvereinen, finanziert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin